



Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma lädt ein zur

**Fachveranstaltung:**

**Kein Ort zum Leben - Roma in und aus dem Kosovo.**

**Zur Lage nach dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz**

**am 5. November 2015 von 15.30 Uhr bis 18.30 Uhr**

**in der Berliner Repräsentanz des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma (DoKuZ), Aufbau Haus am Moritzplatz, Prinzenstraße 84, 10969 Berlin**

in Kooperation mit der Gesellschaft für bedrohte Völker und dem Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma.

**Programm :**

15.30 Begrüßung Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats  
Begrüßung Tilman Zülch, Präsident der Gesellschaft für bedrohte Völker International

Impulsreferat zur Situation im Kosovo: Stephan Müller, GfbV Schweiz /  
Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma

Stellungnahmen:

Amnesty International (angefragt)  
Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen (MdB)  
Mitglieder des Bundestags (angefragt)  
Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (angefragt)  
Bundesministerium des Innern (angefragt)

Kujtim Paqaku, Roma Parlamentsabgeordneter Kosovo  
Bashkim Ibishi, Kosovo Agency for Advocacy and Development,  
Dzafer Buzoli, GfbV Kosovo  
Nizaqete Bislimi, Rechtsanwältin (angefragt)

17.00 Moderierte Diskussion am runden Tisch  
18.00 Offene Diskussion  
18.30 Empfang

*Das endgültige Programm hierzu übersenden wir Ihnen, sobald es vorliegt.*

Die Veranstaltung wird unterstützt aus dem Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

## **Kurzbeschreibung**

Der im Oktober 2015 verabschiedete „Asylkompromiss“ wird schwerwiegende Konsequenzen für Roma aus dem Kosovo haben. Die Roma aus dem westlichen Balkan, die Zuflucht in Deutschland suchen, spielten im politischen und gesellschaftlichen Diskurs im Vorfeld dieses „Kompromisses“ eine wesentliche Rolle, sie wurden in diesem Diskurs regelrecht missbraucht. Jedoch wird im „Asylkompromiss“, von einem Nebensatz abgesehen, nicht auf ihre Situation eingegangen. So negativ der „Asylkompromiss“ für die Roma im und aus dem Kosovo auch ist, bietet der „Asylkompromiss“ allerdings auch Möglichkeiten, auf die Lebenssituation der Roma im Kosovo einzuwirken und Lösungen zu entwickeln, die auch die Integration der bereits in Deutschland lebenden Roma aus dem Kosovo fördern können. Diese Diskussionsveranstaltung bringt Bundestagsabgeordnete, Experten, gesellschaftliche Gruppen, Sinti und Roma, Medien, Vertreter der Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter aus dem Kosovo zusammen, um folgende Fragestellungen zu diskutieren.

## **Der Kosovo – kaum ein sicherer Herkunftsstaat für Roma.**

Warum erklären deutsche Politiker den Kosovo zum sicheren Herkunftsstaat für Roma, wenn ca. 100.000 Roma aus dem Kosovo aus ihrem Heimatland vertrieben bleiben und die Mehrheit von ihnen keine Chance auf ein Überleben im Kosovo hat?

## **Wie können zentrale Aussagen des „Asylkompromisses“ genutzt werden, um die Situation der Roma im und aus dem Kosovo zu verbessern?**

Der „Asylkompromiss“ sieht u.a. die Förderung der „legalen Migration aus dem Herkunftsland zur Arbeitsaufnahme in Deutschland“ vor. Zudem soll sich „der Bund aktiv für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Minderheiten, insbesondere Roma, im Westbalkan einsetzen“. Schließlich möchte „der Bund die Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive“ öffnen.

## **Welche Gefahren birgt der „Asylkompromiss“?**

Noch mehr Roma aus dem Kosovo werden gezwungen, in den Untergrund zu gehen. Welche negativen Konsequenzen hat das Leben im Untergrund auf den Schulbesuch, den sozialen und medizinischen Schutz, oder auf Abhängigkeiten von informellen Strukturen, etc.?

Ist das „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ ein Anti-Roma Gesetz?

Wird die Entscheidung den Kosovo wie auch die anderen Länder des westlichen Balkans zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, nicht dazu führen, dass die Regierungen dieser Länder noch weniger dafür tun, die Diskriminierung und den Ausschluss aus der Gesellschaft beenden?

## **Wie kann man erreichen, dass Deutschland langjährig geduldeten Familien ein Aufenthaltsrecht gewährt?**

Angeichts der unerträglichen Situation der Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter im Kosovo sollen die Bundesregierung und die Bundesländer aufgefordert werden, den rund 7.000 langjährig geduldeten Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo einen gesicherten Aufenthalt zu gewährleisten. Nach wie vor wird diesen Flüchtlingen die Arbeitsaufnahme erschwert, die Weiterbildung der Jugendlichen wird behindert, und die Freizügigkeit auf den jeweiligen Landkreis beschränkt.

## Hintergrund

### Situation der Roma in und aus dem Kosovo

Ca. 100.000 Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter aus dem Kosovo leben seit über fünfzehn Jahren als Vertriebene in Westeuropa und in Nachbarländern des Kosovo, da sie keine Chance auf ein Überleben im Kosovo haben. Ein Großteil von ihnen wurde nach der NATO Intervention, die auch von der deutschen Bundesregierung unterstützt worden ist, im Sommer 1999 vertrieben. An die 100 Siedlungen wurden zerstört und viele wurden ermordet. Bis heute herrscht Straflosigkeit im Kosovo, wenn es um Verbrechen an Roma geht. Bis heute wurde kein einziger Verdächtiger für Verbrechen, die an Roma in der Nachkriegszeit begangen worden sind, vor Gericht gestellt.

Die Regierung im Kosovo hat zwar Gesetze und Maßnahmen verabschiedet, die auf eine Verbesserung der Situation der Roma abzielen, nur werden diese Gesetze und Maßnahmen nicht umgesetzt. Im Gegenteil wird durch die Politik im Kosovo eine Situation geschaffen, in der es Roma unmöglich ist, im Kosovo zu überleben und sie daher gezwungen sind, den Kosovo zu verlassen. Ihre Häuser wurden in nur begrenzten Masse wieder aufgebaut und Diskriminierung verhindert den Zugang zum Arbeitsmarkt. Überweisungen von im Ausland lebenden Familienangehörigen stellen die wichtigste Einnahmequelle und tragen dazu bei, dass viele Roma noch im Kosovo bleiben.

Der Politik in Deutschland ist diese Situation der strukturellen und kumulativen Diskriminierung bekannt, aber sie zieht es vor, die tatsächliche Situation zu ignorieren, da sie sonst Roma nicht in den Kosovo abschieben könnte.

Auf dem Papier wurden zehntausende Roma in den Kosovo abgeschoben. Allerdings sind die meisten entweder nie im Kosovo angekommen oder haben ihn inzwischen wieder verlassen, da ein Überleben im Kosovo unmöglich ist. So gab es alleine in Deutschland bei der Anzahl der „ausreisepflichtigen“ Roma aus dem Kosovo in den Jahren 2004 bis 2013 einen Rückgang von ca. 28.000 Personen. Allerdings sind keine 28.000 Roma in den Kosovo seitdem zurückgekehrt.

Es stellt sich also die Frage, wo sind diese Menschen? Zehntausende leben im Untergrund in Westeuropa oder in den Slums in Serbien.

### Asylkompromiss

Der neue „Asylkompromiss“ gibt allerdings einen recht weiten Rahmen vor, der auch noch Möglichkeiten zulässt in der Umsetzung die Situation der Roma in und aus dem Kosovo zu berücksichtigen. Zentrale Aussagen des Papiers sind:

„Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsstaaten im Sinne von Art. 16a Absatz 3 Grundgesetz bestimmt, um die Asylverfahren der Staatsangehörigen dieser Länder weiter zu beschleunigen. **Der Bund wird sich aktiv für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Minderheiten, insbesondere Roma, im Westbalkan einsetzen.** Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wird alle zwei Jahre überprüft.“

„Der Bund öffnet die **Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive** und stockt die hierfür vorgesehenen Mittel entsprechend dem gestiegenen Bedarf auf. Darüber hinaus wird eine verstärkte Vernetzung zwischen Integrationskursen und berufsbezogenen Sprachkursen hergestellt, unter verstärkter Einbeziehung der Bundesagentur für Arbeit. Kurzfristig sollen auch im Rahmen des Arbeitsförderungsrechts Maßnahmen zur Vermittlung erster Kenntnisse der deutschen Sprache gefördert werden.“

„Für Angehörige der Staaten des Westbalkan (Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Kosovo, Albanien und Montenegro) wollen wir Möglichkeiten der **legalen Migration aus dem Herkunftsland zur Arbeitsaufnahme in Deutschland** schaffen. Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen kann, soll arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen dürfen.“